

Bonn, den 22. Juli 2018

Beschlussausfertigung: Fortbildung des Studierendenparlamentes zum Umgang mit
Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Antragssteller: Fraktion der Grünen Hochschulgruppe

Sitzung des Beschlusses: 6. ordentliche Sitzung

Datum der Sitzung: 22.07.2018

Empfänger des Beschlusses: AStA-Vorsitz

Das XL. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

6. ordentlichen Sitzung vom 18.07.2018

mehrheitlich angehängten Antrag der Fraktion der Grünen Hochschulgruppe

**zur Durchführung einer Fortbildung des Studierendenparlamentes zum Umgang mit Rechtsextremismus
und Rechtspopulismus**

beschlossen.

Daniel Dejcman
– Erster SP-Sprecher –

Anhang:
Beschlossener Antrag

Das XL. Bonner Studierendenparlament möge beschließen:

Das Präsidium wird aufgefordert, eine für alle Parlamentarier*innen offene Fortbildung zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Hochschulen, insbesondere in der Hochschulpolitik zu organisieren.

Begründung:

Der Rechtsruck in der Gesellschaft macht auch vor den Hochschulen nicht Halt. An einigen Universitäten sind "Campus-Alternativen" und ähnliche Hochschulgruppen aktiv, sitzen teils in den Studierendenparlamenten. In einigen Städten, darunter Bonn, tritt die Identitäre Bewegung mehr oder weniger offen auf, bewirbt ihre menschenfeindliche Ideologie und versucht, dezidiert Studierende anzusprechen. Durch die Zusammenarbeit mit der Burschenschaft der Raczeks haben Akteur*innen aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum Einblick in die und Zugang zur Bonner Studierendenschaft.

In Hinblick auf den Umgang mit rechten und menschenfeindlichen Positionen im parlamentarischen und hochschulpolitischen Kontext halten wir es für sinnvoll, alle Parlamentarier*innen und nicht nur AStA-Mitarbeiter*innen dafür zu sensibilisieren und darin zu schulen, entsprechende Ansichten und Äußerungen zu erkennen, sie aufzuzeigen und ihnen zu begegnen. Geeigneter Partner für eine solche Fortbildung ist bspw. die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln, die bereits über die Vorfälle in Bonn informiert sind.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist eine Einrichtung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und wird unter anderem gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

Für die Grüne Hochschulgruppe

Lena Engel